

Arbitration & Litigation

Quarterly Update 04/2020
Germany

Inhalt

01.

Editorial

02.

Die 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung

04.

Evolution not revolution: LCIA launches new rules adapted to the COVID era

06.

The New LCIA Rules: Should arbitration now be the go-to dispute mechanism for corporate debt claims?

08.

Schiedsgerichtsbarkeit und Datenschutz

11.

Virtual Arbitrations

13.

Disputes after Brexit - a bumpy ride?

15.

Eröffnung des Hamburg International Arbitration Center (HIAC)

16.

Insights Clyde & Co



Liebe Leserin, lieber Leser,

Weihnachten steht vor der Tür und ein in jeglicher Hinsicht ungewöhnliches Jahr neigt sich dem Ende zu – geprägt von der Corona Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen, aber auch geprägt von einer Mentalität des Möglichmachens, nicht zuletzt im Rahmen der Digitalisierung von Geschäftsprozessen und Teamarbeit.

Auch die (Schieds-)Gerichtbarkeit hat sich angesichts der neuen Umstände weiterentwickelt. Digitale Medien ermöglichen Richtern wie Schiedsrichtern mündliche Verhandlungen auch in Zeiten von Lockdowns und Kontaktverboten als Virtual Hearings durchzuführen. Die Notwendigkeit, sich mit neuen Kommunikationsmitteln vertraut zu machen dürfte etwa bei manch einem Rechtsanwalt, (Schieds-)richter oder Mandanten vor einigen Monaten noch bestehenden Berührungängste schwinden lassen. Dies dürfte dazu führen, dass digitale Medien auch in der Welt nach Corona vermehrt eingesetzt werden. Davon gehen auch verschiedene Schiedsinstitutionen aus, die ihre Schiedsordnungen bereits dahingehend angepasst haben.

In dieser Zeit, freuen wir uns besonders, dass wir unser Schiedsgerichtsteam in Paris im Oktober um 5 weitere Anwälte erweitern konnten, so dass sich dort jetzt 15 Anwälte auf diesen Bereich fokussieren – mehr dazu in der Rubrik “Insight: Clyde & Co”.

Neben der andauernden Pandemie dürfte insbesondere der endgültige Austritt Großbritanniens aus der EU den Beginn des neuen Jahres maßgeblich prägen. Damit gehen immer noch große Unsicherheiten hinsichtlich Lieferketten und *Contract Continuity* einher, denen ein hohes Konfliktpotenzial innewohnt.

Im Lichte der Herausforderungen des sich dem Ende neigenden Jahres und dem Ausblick auf das neue Jahr freuen wir uns, Ihnen die letzte Ausgabe unseres Quarterly Updates für dieses Jahr vorzustellen. Auch in dieser Ausgabe finden Sie Berichte zu aktuellen Themen und Entwicklungen, insbesondere:

- Die 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung
- Evolution not revolution: LCIA launches new rules adapted to the COVID era
- The New LCIA Rules: Should arbitration now be the go-to dispute mechanism for corporate debt claims?
- Schiedsgerichtsbarkeit und Datenschutz
- Virtual Arbitrations
- Disputes after Brexit - a bumpy ride?
- Eröffnung des Hamburg International Arbitration Center (HIAC)

Zu guter Letzt wünschen wir Ihnen nicht nur eine interessante Lektüre, sondern vor allem ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr, das wir gemeinsam mit Ihnen optimistisch und couragiert angehen möchten!

Wie immer freuen wir uns über Fragen, Anregungen und Feedback. Schreiben Sie uns gerne dazu an arbitration.germany@clydeco.com.



Dr. Henning Schaloske



Nadia Darwazeh



Dr. Tim Schommer



Die 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung

Am 1. Januar 2021 tritt die neue Schiedsgerichtsordnung des Internationalen Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer (ICC), der weltweit größten Schiedsinstitution, in Kraft. Die neuen Regeln lösen die ICC-Schiedsgerichtsordnung in der Version aus dem Jahr 2017 ab und werden auf alle ab dem 1. Januar 2021 bei der ICC eingeleiteten Schiedsverfahren anwendbar sein. Der folgende Beitrag stellt einige der relevantesten Änderungen dar.

Mit der neuen Schiedsgerichtsordnung verfolgt die ICC das Ziel, Effizienz und Transparenz in ICC-Schiedsverfahren weiter zu fördern. Zugleich trägt das neue Regelwerk aktuellen Entwicklungen in der Schiedsgerichtsbarkeit – wie etwa zunehmend komplexe Streitkonstellationen, der vermehrte Einsatz von Prozessfinanzierern (Third Party Funder) sowie die Durchführung virtueller Verhandlungen – Rechnung.

Komplexe Streitkonstellationen ergeben sich insbesondere daraus, dass in der modernen Wirtschaftswelt Geschäfts- und Rechtsverhältnisse selten nur zwei an einer vertraglichen Beziehung direkt beteiligten Parteien betreffen. Durch multilaterale Vertragsbeziehungen oder komplexe Vertragsketten treten vermehrt Rechtsstreitigkeiten auf, an denen eine Vielzahl von Parteien direkt oder indirekt beteiligt sein können.

Dieser Trend spiegelt sich in den neu formulierten Artikeln 7 und 10 der neuen 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung wider. Im Gegensatz zu der 2017 ICC-Schiedsgerichtsordnung bestimmt Artikel 7 nunmehr, dass nach Ernennung eines Schiedsrichters nicht zwangsläufig alle Verfahrensparteien der Einbeziehung einer zusätzlichen Partei zustimmen müssen. Das Schiedsgericht darf nach der neuen Regelung vielmehr die Einbeziehung einer zusätzlichen Partei auch ohne Zustimmung aller Parteien zulassen, wenn die neu einzubeziehende Partei dem zustimmt (Artikel 7 (5) 2021 ICC Schiedsgerichtsordnung). Die Zustimmung der dem Schiedsverfahren beitretenden Partei ist weiterhin

erforderlich, da sich diese Partei durch den Beitritt der Entscheidungskompetenz eines bereits konstituierten Schiedsgerichts unterwirft, auf dessen Benennung sie – im Gegensatz zu den ursprünglichen Streitparteien – keinen Einfluss nehmen konnte.

Fairness und Gleichbehandlung der Parteien ist auch der Leitgedanke des neu eingeführten Artikels 12 (9) der 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung. Diese Regelung erlaubt der ICC als Schiedsinstitution im Ausnahmefall alle Schiedsrichter zu benennen, wenn dies notwendig erscheint, um eine Ungleichbehandlung der Parteien und eine unfaire Besetzung des Schiedsgerichts, die die Wirksamkeit eines Schiedsspruches gefährden könnten, zu vermeiden. Hintergrund dieser Regelung dürften insbesondere Fälle sein, in denen im Rahmen eines Mehrparteienschiedsverfahren zu befürchten ist, dass mehrere auf einer Seite stehende Parteien mit gleichgelagerter Interessenlage ihren Einfluss auf die Besetzung des Schiedsgerichts in der Art geltend machen, dass – trotz formell gleicher Einflussnahme aller Parteien auf das Schiedsgericht – die Besetzung des Schiedsgerichts die Gefahr einer unfairen und ungleichen Behandlung der Streitparteien birgt.

Hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Verfahrensverbindung enthalten die neuen ICC-Schiedsregeln eine Klarstellung. Die Verbindung von Schiedsverfahren erforderte dem Wortlaut von Artikel 10 (b) 2017 ICC-Schiedsgerichtsordnung, erforderte dem Wortlaut von Artikel 10 (b) 2017 ICC-Schiedsgerichtsordnung nach, dass

alle Ansprüche in den Schiedsverfahren aufgrund derselben Schiedsvereinbarung geltend gemacht werden. Artikel 10 (b) der 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung stellt demgegenüber nunmehr ausdrücklich klar, dass es ausreicht, wenn alle Ansprüche gleichen Schiedsvereinbarungen unterfallen.

Dem Transparenzgebot dient der neue Artikel 11 (7), wonach jede Partei verpflichtet ist, die Beteiligung und Identität eines Prozessfinanzierers offen zu legen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die Schiedsrichter ihren eigenen Offenlegungspflichten mit Blick auf etwaige Interessenkonflikte vollumfänglich nachkommen können. Denn auch die Beziehung eines Schiedsrichters mit einem beteiligten *Third Party Funder* kann Zweifel an der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Schiedsrichters begründen.

Der neue Artikel 17 (2) soll die Unversehrtheit des Verfahrens gewährleisten, indem er einem bereits konstituierten Schiedsgericht die Befugnis einräumt, Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass durch einen Wechsel des Prozessbevollmächtigten einer Partei während des Verfahrens ein Interessenkonflikt eines Schiedsrichters entsteht. Diese Maßnahmen schließen sogar die Befugnis ein, einen nachträglich beauftragten Prozessbevollmächtigten gänzlich vom Verfahren auszuschließen. Auf diese Weise soll den Parteien die Möglichkeit genommen werden, das Schiedsverfahren dadurch zu behindern, dass ein neuer Prozessbevollmächtigter hinzugezogen wird, dessen Verfahrensbeteiligung bei einem unliebsam gewordenen Schiedsrichter einen Interessenkonflikt auslösen kann.

Mit den zum 1. Januar 2021 in Kraft tretenden Änderungen wird auch der – gerade während der andauernden Covid19-Pandemie notwendig gewordene – Einsatz digitaler Kommunikationsmittel in der ICC-Schiedsgerichtsordnung verankert. Artikel 5 und 6 sehen nunmehr ausdrücklich die Übertragung des Request for Arbitration und der Erwiderung hierauf auf dem elektronischen Wege vor. Der neue Artikel 26 (1) erlaubt dem Schiedsgericht nach Anhörung der

Parteien mündliche Verhandlungen per Videokonferenz oder unter Einsatz anderer geeigneter Kommunikationsmittel durchzuführen. Bemerkenswert ist, dass der neue Artikel 26 eine physisch stattfindende mündliche Verhandlung nicht als Grundfall darstellt, sondern vielmehr Verhandlungen per Videokonferenz und Präsenzverhandlungen als gleichwertige Alternativen behandelt. Auf welche Weise eine mündliche Verhandlung durchgeführt wird, liegt damit – vorbehaltlich abweichender Parteivereinbarungen – allein im Ermessen des Schiedsgerichts.

Eine weitere praktisch relevante Änderung liegt darin, dass nach der neuen ICC-Schiedsgerichtsordnung die Regeln des beschleunigten Verfahrens (Anhang VI zur ICC-Schiedsgerichtsordnung) auf alle Verfahren mit einem Streitwert von bis zu EUR 3.000.000 (anstatt bisher EUR 2.000.000) anwendbar sind, wenn die Parteien die Anwendung der Verfahrensordnung für das beschleunigte Verfahren nicht vertraglich ausgeschlossen haben (Artikel 30 ICC-Schiedsgerichtsordnung). Die Erhöhung dieses Grenzwerts dürfte in der Schiedspraxis zu einem signifikanten Anstieg der im beschleunigten Verfahren entschiedenen Fälle führen.

Im Ergebnis dürften die zum Jahreswechsel in Kraft tretenden Änderungen in der Schiedspraxis (begrüßenswerter Weise) keine revolutionären Umbrüche bringen. Der Nutzen der neuen 2021 ICC-Schiedsgerichtsordnung liegt vielmehr darin, eine ausdrücklich geregelte Grundlage für die Handhabung von im modernen Wirtschaftsleben vermehrt auftretenden Herausforderungen in Schiedsverfahren zu bieten.



Dr. Michael Pocsay



Evolution not revolution: LCIA launches new rules adapted to the COVID era

The LCIA says its arbitration rules have been updated with a ‘light touch’, but significant changes have been made to help arbitration through the COVID era and streamline proceedings generally. We look at the main ways in which the new rules differ from the old.

The London Court of International Arbitration (LCIA) was about to publish its new arbitration rules when the COVID-19 virus struck. Now they have been launched at last, and came into force on 1 October 2020, applying to all LCIA arbitrations commenced on or after that date. New mediation rules have been issued too.

Key changes

The LCIA has used the extra time well. Although its 2014 rules were better adapted than most to electronic communication, the new rules make electronic communication the norm, not only within an arbitration but also when commencing it and bringing it to an end with the transmission of an award (Articles 1.3, 4 & 26.7). Similarly, wording allowing virtual (and semi-virtual) hearings was already in place, but has been made more explicit (Article 19).

Naturally, there are pitfalls here. Courts in some countries take a narrow view of the New York Convention’s Articles V(1)(b) and IV(1)(a) and may not be satisfied that a party has been properly notified of an arbitration or that the resulting award has been properly issued if everything was done electronically. This could impede cross-border enforcement of an award if the claimant does not insist on obtaining a hard copy of the award, as it is entitled to do under Article 26.7. But subject to local concerns, the new primacy of electronic communication is a significant step forward that other major institutions will no doubt also take soon.

The new rules make other changes too, some of them quite significant. Among other things they:

- Allow parties to make composite Requests covering claims arising from more than one contract (Article 1.2). Previously it was necessary to commence separate arbitrations and then seek to consolidate them. The circumstances in which arbitrations can be consolidated have also been broadened (Articles 22.7 & 22.8).
- Provide for the ‘early determination’ of claims, counter/cross-claims and defences that are (a) manifestly outside the tribunal’s jurisdiction, (b) inadmissible, or (c) manifestly without merit (Article 22.1(viii)). Here the LCIA is following SIAC, HKIAC and others in introducing a procedure akin to the English courts’ summary judgment. This does not solve the problem of defendants choosing not to cooperate and the non-availability in arbitration of an equivalent to default judgment, but it does allow open and shut cases to be concluded quickly and cheaply in many circumstances.
- Encourage an expedited procedure to be adopted in cases that (high value or not) are relatively uncomplicated but not capable of early determination under Article 22.1. In practice, standard procedure could be streamlined by, for example, limiting statements or witness evidence in some way, abridging time periods, or dispensing with a hearing (Article 14.6). It is not clear whether a severely abbreviated procedure will prove popular with parties - experience of the Shorter Trials Scheme in the English courts suggests that it will not - and it is something that a tribunal could order anyway, under the current LCIA rules. But setting out the specific short-cuts that are possible is helpful, and may lead to tribunals ordering them more often in appropriate cases.

Minor changes

In addition to these more substantial changes, the drafters have given the language of the rules a general spring clean (it is markedly more user-friendly now) and have occasionally changed the location of individual provisions too. The tribunal's general duties have been moved to the front of Article 14, for example, giving them more prominence, and rules on the use of tribunal secretaries have been developed and moved from Section 8 of the Notes for Arbitrators into the main body of the rules, becoming new Article 14A.

Practitioners should also be aware that certain time periods have been made shorter or firmer, which could catch them out. The LCIA appoints the tribunal within 28 days now, rather than 35; parties and the tribunal are now required (not 'encouraged') to make contact within 21 days of the tribunal's appointment; and the tribunal should make its final award no later than three months after the last oral or written submission (Article 5.6, 14.3 and 15.10 respectively).

Finally, new rules on regulatory compliance and data protection are included (Articles 24A and 30A) and Article 30 has been extended so that confidentiality undertakings have to be obtained from third parties involved in the arbitration, reflecting those given by the parties themselves.

A significant advance

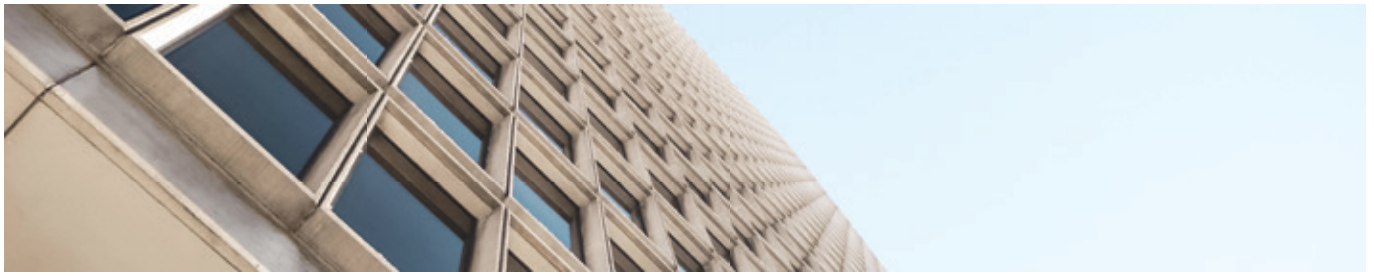
Overall, the new LCIA rules represent a significant advance on the 2014 ones, and are also timely, being the first rules of a major institution to take the challenges of the COVID-19 era fully into account. Although the LCIA says it has approached reform with a 'light touch', there have been more substantive changes than expected, as well as a thorough-going revision of its language and, where appropriate, relocation of certain provisions. However, the LCIA knows when to let well alone - the annex on the conduct of party representatives is largely unchanged, for example - and the basic numbering of its articles remains as before, providing continuity amid the many changes.



Maurice Kenton



Ben Knowles



The New LCIA Rules: Should arbitration now be the go-to dispute mechanism for corporate debt claims?

The [LCIA's 2020 arbitration rules](#) add some further colour to the pros and cons of arbitration versus litigation. When faced with 'straightforward' debt claims, if there is a choice of pursuing the debt by way of court claim or arbitration, litigation often wins out. However, the LCIA's new rules, which apply to all arbitrations commenced from 1 October 2020, introduce a number of changes which might tip the balance in favour of arbitration. In this article we provide a real life example of how the new LCIA rules (combined with the impact of Brexit) have changed this analysis.

The funded corporate debt portfolio – a cash flow management solution for our times

The age old question of which dispute resolution mechanism to apply is one which faces disputes lawyers the world over. For debt claims, where there is very often no defence (or at least no defence with a reasonable prospect of success), litigation is often the creditor's choice. This is because the English courts, like many other court systems, offer summary judgment – a codified, expedited procedure to obtain speedy judgment where the circumstances allow. Arbitration, on the other hand, can be lengthy and even moribund, forcing a debt claim to go through all the procedural hoops of a complex breach of contract claim.

This question has arisen in the context of Clyde & Co's work on a novel funded claims portfolio for a client. This model, in which we work with a third party funder to pursue all of a client's overdue debt claims on a "no-recovery-no-fee" basis, provides an ideal cash-flow management solution in the straitened times companies currently face. Under the portfolio model, a client can pursue claims which would otherwise be written off because it would be disproportionately costly to do so on an individual basis; instead, smaller claims are aggregated with larger claims and we use efficiencies of scale and standardised documents to pursue all the claims efficiently. The client only pays our fees if we make a recovery, and in most cases a portion of those fees are recoverable from the debtor in addition to the debt.

Most of the claims in the portfolio we are working on have an international element and the underlying contracts contain a clause entitling our client to elect whether to pursue the claim in the English High Court or via arbitration pursuant to LCIA rules. We therefore have to decide for each case whether to commence court proceedings or arbitration. This decision will be based upon a number of factors - confidentiality, the value of binding precedent and costs, just to name a few. However, for this portfolio, the ease with which a judgment or award can be enforced where the debtor is overseas, and the simplicity and flexibility of the procedural rules (which can impact the cost effectiveness of pursuing a claim) are very important. The new LCIA rules have changed the calculation and, with regard a number of claims, tipped the balance decisively in favour of arbitration. There are a few reasons for this.

What are the practical effects of the LCIA rule change?

Early Determination

As mentioned above, the main advantage of pursuing debt claims in court has traditionally been the English courts' summary judgment procedure. This gives a party the opportunity for its case to be determined in its favour at an early stage and at a short hearing, saving both time and costs. It is appropriate if a defence is clearly unmeritorious or unsustainable.

Until recently, international arbitration had no corresponding procedure. Now, the LCIA, following the SIAC (SIAC 2016 Rules) and HKIAC (HKIAC 2018 Rules), provides for the ‘early determination’ of claims (and defences) that are (a) manifestly outside the tribunal’s jurisdiction, (b) inadmissible, or (c) manifestly without merit (Article 22.1(viii)). In open and shut debt claims, this provides a creditor claimant with a mechanism to obtain quick and cheap justice.

Expedited Procedure

The new LCIA rules also encourage the use of the expedited procedure in cases that are relatively uncomplicated but not capable of early determination under Article 22.1. The rules set out specific short-cuts that can be applied by a tribunal to expedite proceedings which includes the power to:

- limit the content, length or number of pleadings;
- limit written and oral testimony;
- employ technology to enhance efficiency;
- decide at what stage of the arbitration and in what order any issue(s) will be determined; and
- dispense with a hearing (Article 14.6).

Even where ‘early determination’ is not available, most debt claims will be fairly straightforward compared, say, to a breach of contract claim or a force majeure argument. Lengthy hearings and extensive disclosure of documents and evidence production are not required – the key questions are, has the debt fallen due and is there a defence? The expedited procedure holds out the hope that even where ‘early determination’ is not available, a debt claim can now be disposed of expeditiously.

Electronic communications

The new LCIA rules also confirm the primacy of electronic communications. For example, Requests for Arbitration must be submitted in electronic form and prior written approval is necessary should the Request be submitted by any other method (Article 4.1). This makes service on debtors easier, particularly if they are peripatetic individuals who are hard to pin down or those actively seeking to avoid service. Almost all have an email address!

Enforceability and Brexit

The enforceability of a judgment or award will always be a foremost consideration for clients, especially so in debt claims. Awards in international arbitration are enforceable in almost all jurisdictions (including the countries of the EU) by virtue of the 1958 New York Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Award. In contrast, the enforcement of English court judgments depends upon the existence of international treaties and local law.

In relation to enforcement of court judgments in the EU, while the UK was a Member State, the Judgments Regulation (Regulation (EU) No 1215/2012) provided that English court judgments could be enforced within the EU as if they were judgments of the relevant Member State in which enforcement was sought. However, Brexit has created significant uncertainties. When the Withdrawal Agreement ends on 31 December 2020, the UK will drop out of the EU’s jurisdiction and enforcement regime, and litigants with EU-related disputes may have to fall back on national laws and procedures to enforce their rights there. Only proceedings commenced in the UK before 2021 will continue to benefit from EU jurisdiction and enforcement rules.

This inevitably creates a great deal of uncertainty and in circumstances where a party has a choice between litigating and arbitrating, there will be an increased willingness to choose arbitration over litigation, which provides greater ease and clarity from an enforcement perspective.

Tipping the balance?

Whilst there are other important factors to bear in mind when deciding between litigating and arbitrating, in many cases the availability of early determination and expedited procedure in new LCIA rules, as well as the ease of enforcement of an arbitral award, may tip the balance in favour of arbitration. This added flexibility, coupled with the funded claims portfolio model, provides companies who are battling the economic effects of COVID and Brexit with powerful tools to maximise and protect their cash flows, even where debtors are based overseas.



Richard Power



Robert Trower



Schiedsgerichtsbarkeit und Datenschutz

Die Einführung der Datenschutz-Grundverordnung (**DSGVO**) am 25.05.2018 hat in erster Linie die betroffenen Unternehmen veranlasst, ihre Datenschutz-Compliance auf den aktuellen Stand zu bringen. Die DSGVO betrifft aber auch andere Bereiche, namentlich auch die staatliche Justiz genauso wie die Schiedsgerichtsbarkeit (**Erwägungsgrund 20**). Jegliche Datenverarbeitung in der Handelsschiedsgerichtsbarkeit muss daher prinzipiell in Übereinstimmung mit der DSGVO erfolgen¹. Im Folgenden werden einzelne Fragen zur Anwendung der DSGVO in der Schiedsgerichtsbarkeit erörtert.

1. Anwendungsbereich

Die DSGVO ist für alle Schiedsverfahren relevant, in denen "personenbezogene Daten" von den Parteien, ihren Vertretern, den Schiedsrichtern, gegebenenfalls der Schiedsinstitution und Experten (nachfolgend „Teilnehmer“) elektronisch verarbeitet werden. Bereits bei der Vorbereitung des Antrags auf Einleitung des Schiedsverfahrens und auch nach dem Erlass des Schiedsspruches verarbeiten die Teilnehmer personenbezogene Daten. Das einfachste Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Speicherung von E-Mails oder Dokumenten mit personenbezogenen Daten.

Die DSGVO findet Anwendung, soweit die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Tätigkeiten einer Niederlassung eines Verantwortlichen oder eines Auftragsverarbeiters in der Union erfolgt, unabhängig davon, ob die Verarbeitung in der Union stattfindet. Die DSGVO erlegt sowohl den Verantwortlichen als auch den Auftragsverarbeitern bestimmte Pflichten auf. Die Pflichten der Verantwortlichen sind umfassender. Denn die Verantwortlichen treffen Entscheidungen über die Datenverarbeitung, während die Auftragsverarbeiter lediglich Daten im Auftrag des Verantwortlichen verarbeiten. Die Teilnehmer des Schiedsverfahrens sind aufgrund ihrer Tätigkeit häufig sowohl Verantwortliche als auch Auftragsverarbeiter, weshalb die strengeren Regeln der DSGVO für die Verantwortlichen für sie relevant sind. Diese strengen Regelungen sind auf die Verarbeitung persönlicher Daten im Rahmen der Ausübung von Tätigkeiten durch eine feste Einrichtung eines Teilnehmers in der Europäischen Union anwendbar. Der Anwendungsbereich der DSGVO hängt somit nicht vom Sitz des Schiedsverfahrens ab, sondern davon, ob der betreffende Verantwortliche in der Union niedergelassen ist.

Zu beachten ist allerdings, dass die Anwendung der DSGVO die EU-Grenzen überschreiten kann, wenn nicht in der EU niedergelassene Verantwortliche oder Auftragsverarbeiter ihre geschäftliche Tätigkeit auf den EU-Markt ausrichten. Die DSGVO ist daher auch dann relevant, wenn die Teilnehmer des Schiedsverfahrens mit Sitz außerhalb der EU darauf abzielen, von der Datenverarbeitung betroffenen Personen in der Union Dienstleistungen anzubieten. Es ist also insbesondere bei internationalen Schiedsverfahren möglich, dass nicht alle Teilnehmer eines Schiedsverfahrens der DSGVO unterliegen.

2. Verarbeitungsgrundlage

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist grundsätzlich untersagt, es sei denn, die Datenverarbeitung beruht auf einer Verarbeitungsgrundlage. Obwohl die DSGVO die Schiedsgerichtsbarkeit nicht von ihrem Anwendungsbereich ausnimmt, bestimmt sie auch nicht, dass die Teilnehmer am Schiedsverfahren lediglich wegen ihrer Eigenschaft als solche das Recht haben, personenbezogene Daten zu verarbeiten. Eine Rechtfertigung muss daher unter den allgemeinen Verarbeitungsgrundlagen des Art. 6 gesucht werden.

In Betracht käme die Einwilligung der betroffenen Person (Art. 6 Abs. 1 lit. a). Ein mögliches Problem ist allerdings, dass die Einwilligung jederzeit frei und ohne Angabe eines Grundes widerrufen werden kann. Darüber hinaus darf die jeweils betroffene Person nur in die Verarbeitung ihrer eigenen Daten einwilligen, aber nicht in die Verarbeitung von Daten eines Dritten, wie z.B. eines Zeugen.

¹ Es ist noch fraglich, ob DSGVO auf die Investitionsschiedsgerichtsbarkeit anwendbar ist. Das Schiedsgericht des Permanent Court of Arbitration (PCA) hat sich kürzlich entschlossen, dass ein NAFTA-Schiedsverfahren, an dem weder die EU noch EU-Mitgliedstaaten Vertragsparteien sind, in den Anwendungsbereich der DSGVO nicht falle, PCA Case No. 2018-54: Tennant Energy, LLC (U.S.A.) v. Government of Canada.

Die Annahme der Wahrung der berechtigten Interessen des Teilnehmers des Schiedsverfahrens als Rechtfertigungsgrund der Zulässigkeit der Datenverarbeitung (Art. 6 Abs. 1 lit. f) kann das vorgenannte Problem beseitigen.

Dabei hat eine Interessenabwägung zu erfolgen: Die Interessen der Teilnehmer am Schiedsverfahren dürfen nicht die Interessen, Grundrechte oder Grundfreiheiten oder Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen. Je sensibler die personenbezogenen Daten desto intensiver und gründlicher sollte der betreffende Verantwortliche abwägen, ob die Datenverarbeitung im Einzelfall gerechtfertigt ist.

3. Rechte der betroffenen Person

Die DSGVO gewährt der betroffenen Person bestimmte Rechte, insbesondere das Recht auf präzise, transparente, verständliche und leicht zugängliche Informationen über die Erhebung und Verwendung ihrer Daten. Die betroffene Person darf sich erkundigen, wer, wann, für welchen Zweck und für wie lange ihre Daten verarbeitet. Des Weiteren hat die betroffene Person das Recht auf Berichtigung und Löschung ihrer Daten, auf Beschränkung der Verarbeitung der Daten, auf Datenübertragbarkeit sowie auf Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten.

Allerdings gelten diese Rechte in der Schiedsgerichtsbarkeit nicht uneingeschränkt. Bestimmte Rechte sind in der Schiedsgerichtsbarkeit nicht relevant, soweit die Verarbeitung von Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist (Art. 17 Abs. 3 lit. e). Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten durch Rechtsvorschriften die Rechte der betroffenen Personen im Wege von Gesetzgebungsmaßnahmen beschränken, sofern eine solche Beschränkung den Wesensgehalt der Grundrechte und Grundfreiheiten achtet und in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme darstellt (Art. 23 Abs. 1). Die Mitgliedstaaten dürfen die Rechte insbesondere zum Schutz der Unabhängigkeit der Justiz und der Gerichtsverfahren (Art. 23 Abs. 1 lit. f) sowie zur Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen (Art. 23 Abs. 1 lit. j) beschränken.

4. Pflichten des Schiedsrichters

Es kommt häufig vor, dass ein Schiedsrichter Anwalt ist. In einem solchen Fall stellt sich die Frage, ob der Schiedsrichter allein oder zusammen mit seiner Kanzlei für die Einhaltung der DSGVO verantwortlich ist. Dabei sind die Umstände des Einzelfalls von Bedeutung: Die Kanzlei ist dann als Verantwortliche anzusehen, wenn der Schiedsrichter für seine Kanzlei auftritt. Dies ist aber nicht der Fall, wenn der Schiedsrichter für sich selbst und nicht für seine Kanzlei als Schiedsrichter auftritt, selbst wenn er die Infrastruktur seiner Kanzlei benutzt. Dann ist der Schiedsrichter allein verantwortlich für die Datenverarbeitung nach den Regelungen der DSGVO. In diesem Fall muss er die Zugriffsrechte von anderen Kanzleiangehörigen auf das Schiedsverfahren beschränken.

Die Verarbeitung der Daten vom Schiedsrichter hat nach den Vorgaben der DSGVO zu erfolgen. Die personenbezogenen Daten müssen insbesondere

- auf rechtmäßige Weise, nach Treu und Glauben und in einer für die betroffene Person nachvollziehbaren Weise verarbeitet werden;
- für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden;
- in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen nur so lange ermöglicht, wie es für die Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist, und
- in einer Weise verarbeitet werden, die eine angemessene Sicherheit der personenbezogenen Daten gewährleistet. Kommt es trotzdem zu einem Datenverlust, muss der Schiedsrichter die zuständige Datenschutzbehörde informieren.

Der Schiedsrichter ist schließlich auch dafür verantwortlich, die Einhaltung seiner Pflichten unter der DSGVO nachzuweisen.

Bei einem Schiedsgericht mit mehreren Schiedsrichtern stellt sich die Frage, ob die Schiedsrichter als gemeinsam Verantwortliche im Sinne des Art. 26 gelten sollen. Die Frage ist kompliziert, weil alle Schiedsrichter Daten aus demselben Grund und für denselben Zweck verarbeiten. Selbst wenn allerdings alle Schiedsrichter auf die Streitbeilegung durch den Erlass eines Schiedsspruches abzielen, verarbeitet jeder von ihnen die personenbezogenen Daten selbstverantwortlich. Dies würde wohl dafür sprechen, dass die Schiedsrichter keine gemeinsam Verantwortlichen sind. Es ist dennoch in jedem Fall empfehlenswert, dass die Schiedsrichter eine Verordnung in transparenter Form festlegen, in welcher bestimmt wird, wer von ihnen welche Verpflichtung gemäß dieser gemeinsamen Vereinbarung erfüllt.

5. Ausblick

Die Nichteinhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften kann erhebliche Wirkungen auf alle am Schiedsverfahren Beteiligten haben. Dies bedarf einer sorgfältige Einzelfallprüfung und -analyse. Wünschenswert wäre, dass etwa die wesentlichen Schiedsinstitutionen den Teilnehmern praktische Hilfestellungen zur angemessenen Behandlung des Datenschutzes, etwa durch Leitlinien und Formulare, an die Hand geben.



Dr. Henning Schaloske



Dr. Styliani Ampatzi, LLM.



Virtual Arbitrations

In this article, we provide an insight into the mechanics of how a virtual arbitration works, some practical considerations for parties preparing for and attending a virtual arbitration and some of the benefits associated with them.

How do they work?

A virtual arbitration is, at its most simple, an arbitration hearing which takes place remotely. The format can differ depending on the specific type of case. Telephone calls are used for simpler hearings and video conference calls are used for more complex matters and hearings.

Institutions, such as the Chartered Institute of Arbitrators, have published guidance on how to conduct virtual hearings and their response to COVID-19. If applicable, each institution's guidance on remote proceedings should be consulted in preparing for and attending any hearing.

Prior to the hearing, counsel will submit their views on how they wish to conduct the arbitration to the tribunal. A procedural order, directing the parties, for the virtual arbitration hearing will set out all of the required information such as timings, the digital platform to be used and the documents to be provided.

The procedural order will usually contain a reference to a pre-hearing test for video calls. The pre-hearing test allows each of the participants to trial the platform with test mock procedures such as cross examination of the witnesses and the display of exhibits.

On the day of the hearing, each party will need to log into the dedicated digital platform in sufficient time. At the start of each hearing, the tribunal may ask each individual to confirm their presence before proceeding with the hearing. Whilst the current technologies and processes are not perfect, the list below sets out practical steps that each individual can take to ensure that a virtual arbitration runs as smoothly as possible.

Practical Considerations

- **Parties** - Ensure every party has the same access to the technology.
- **Identification** – Identify an individual who will address the tribunal. The speaker would identify themselves each time before speaking.
- **Testing** – Test each line of communication. For example, ensure that each party's zoom-link has sufficient bandwidth to hold a virtual arbitration with multiple parties. This may also involve testing break-out rooms; how you will communicate with counsel, such as through WhatsApp; as well as access to documents.
- **Agreement** – This needs to be obtained to confirm that each party is happy to proceed with a virtual arbitration and the associated timetabling, with consideration for simple elements such as time zones. There also needs to be acceptance on the form of platform that is to be used for the virtual arbitration.
- **Recording** – If the arbitration is to be recorded, confirm which individual will be responsible for the recording. This could be video or orally recorded and discuss the option of a real-time transcript.
- **Technical support** – It is also suggested that the parties have an individual, who has an understanding of the technology in use, during the pre-hearing test and hearing.
- **An individual's settings** - (1) Putting yourself on mute if you are not speaking; (2) if you are aware of poor Wi-Fi, then connect to the internet using an Ethernet cable and (3) disable any pop-ups and close any unnecessary tabs.

Benefits

The elimination of travel and its associated costs has resulted in hearings becoming more cost and time effective. The environment also benefits from the lack of travel by reducing emissions produced by each party and encouraging parties to adopt paper light bundles or e-bundles.

Online hearings are generally quicker and can be assisted with online document review platforms or e-bundles. This enables parties to retain focus, speeding up the process and consequently reducing costs (albeit, modestly).

Some consideration should also be given to the potential to reduce anxiety and stress amongst clients or witnesses by allowing individuals to work in a home environment.

Conclusion

Virtual arbitrations provide parties with additional elements to grapple with. As experience in the process grows, parties may become more comfortable with the nuances associated with it. The benefits of virtual arbitrations may even ensure that the process is here to stay



Mary Anne Roff



Disputes after Brexit - a bumpy ride?

Whether the UK and EU agree a post-Brexit deal or not, the UK will leave the EU's jurisdiction and enforcement regime on 31 December, if only for a short period. The result will be turbulence for some organisations with European disputes on their hands, but a smooth ride for others, and any disruption may be short-lived. We explain why.

While we all wait to see if the UK and EU can agree a post-Brexit deal, litigators are aware that for them it would come, in a sense, too late. After years of lobbying for the UK to remain in the so-called Brussels regime - a comprehensive set of rules on jurisdiction and enforcement rules operating across the EU - it became clear several weeks ago that this was not going to happen. At best, the UK will leave the regime at the end of this year and be allowed to re-enter it at some future stage, leaving an awkward gap in between. It would most likely do this by re-joining the Lugano Convention 2007 as an independent contracting state, and the procedure for doing that involves an approximately three month wait (Arts 72(4) and 73(2)). In theory some special agreement could be reached, extending the Brussels regime to the UK without reference to the Convention, and with more immediate effect, but this assumes that cross-border judicial cooperation is top of the UK's and EU's agenda. The evidence suggests that it is not, at least where commercial litigation is concerned.

How much disruption this will actually cause is not clear, though. In principle, the UK's departure from the regime could lead to increased parallel litigation in the UK and EU and difficulty in enforcing English judgments in Member States (and the reverse). But lawyers have been aware of these issues for years now - ever since the vote for Brexit, in fact - and have had plenty of time to deal with them in one way or another. The easiest way of doing that is to choose arbitration rather than litigation, which neatly side-steps Brexit issues because international arbitration is independent of the EU. The choice of arbitration is increasingly easy to make now, because some of the procedures that used to be exclusive to court proceedings are now available in arbitration too.

The LCIA, for example, has just updated its arbitration rules to allow 'early determination' - similar to summary judgment, but ordered by an arbitrator rather than a judge. This allows organisations that are owed money by clients or borrowers, for example, to collect the debt easily without committing themselves to lengthy legal proceedings (Art 22.1).

However, arbitration is not for everybody. Each institution's rules have their advantages and disadvantages, and there are certain things that arbitrators cannot (or will not) do that judges have no qualms about - striking out parties' cases, for example, for breach of procedural orders. Default judgment is also not available in arbitration, whereas in the courts it is available through a simple bureaucratic procedure.

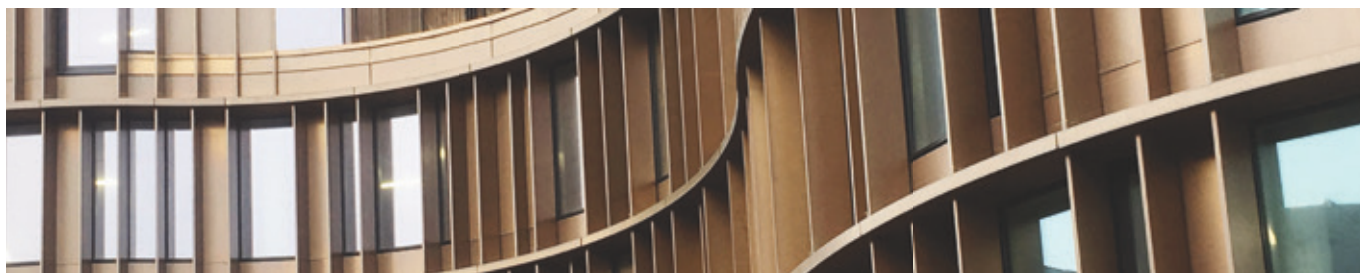
Fortunately for those who have not chosen arbitration, or are not claiming under a contract at all, there are workarounds in litigation that are already used when the defendant is on another continent. Where appropriate, an English court will grant an anti-suit injunction, for example, restraining foreign proceedings, and judgments can usually be enforced under local procedural laws where there is no handy Convention or bilateral agreement in place. (This is how US judgments are enforced in the UK.) There are also helpful transitional arrangements in the Brexit Withdrawal Agreement, allowing disputes that are already being litigated at the end of this year to continue to benefit indefinitely from the Brussels regime, regardless of when judgment is given and local enforcement proceedings begin (Art 67(2)).

More fundamentally, parties will find that a choice of English law will continue to be respected in the EU next year, not because of any agreement reached during Brexit negotiations, but because European rules on governing law do not discriminate between systems of law originating within or outside the EU. Instead, the principle of 'universal application' applies (Arts 2 and 3 respectively of Rome Regulations I and II).

What lies ahead, then, will be discontinuity in some respects, but continuity in others, so while some will experience a bumpy ride, others will experience no turbulence at all. In any case, what discontinuity there is should soon be over when long-term arrangements with the EU are put in place or, looking further ahead, new global rules on jurisdiction and enforcement come into their own.



Chris Burdett



Eröffnung des Hamburg International Arbitration Center (HIAC)

Am 17. November 2020 eröffnete in Hamburg das Hamburg International Arbitration Center kurz HIAC. In Hamburg gibt es eine lange Tradition der Schiedsgerichtsbarkeit, was sicher damit zusammen hängt, dass Hamburgs Wirtschaftsleben seit Jahrhunderten durch den Handel geprägt ist. Es sind eine Reihe von spezialisierten Schiedsgerichten in Hamburg ansässig. Darüber hinaus gibt es verschiedene Interessengruppen, die sich schwerpunktmäßig mit der Schiedsgerichtsbarkeit beschäftigen, wie beispielsweise das Center for International Dispute Resolution der Bucerius Law School. Dem Schiedsgerichtsstandort Hamburg fehlte aber eine gemeinsame Einrichtung, die sozusagen als Hamburger Leuchtturm für die internationale Wahrnehmung des Schiedsgerichtsstandorts durch Interessierte dienen kann. Dem will man mit dem neu gegründeten HIAC Abhilfe schaffen. Das Gebäude der Handelskammer mitten in Hamburg, in einem gemeinsamen Gebäudeblock mit dem Hamburger Rathaus, ist dafür eine perfekte Wahl.

Anlässlich der Eröffnung des HIAC haben wir Petra Sandvoß, der Leiterin der Abteilung Schiedsgerichtsbarkeit, Mediation, Compliance der Handelskammer Hamburg ein paar Fragen zum HIAC gestellt.

Was ist das HIAC?

Im Hamburg International Arbitration Center (HIAC) schaffen wir einen gemeinsamen Platz für die Aktivitäten der hamburgischen Schiedsgerichtsbarkeit. Im HIAC sind fünf international tätige Schiedsgerichte ansässig (die Schiedsgerichte der Handelskammer Hamburg, des Deutschen Kaffeeverbands, des Vereins der Getreidehändler, des Deutschen Verbands des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölrohstoffen - kurz GROFOR sowie das Chinese European Arbitration Centre - CEAC), die passgenaue Schiedsgerichtsverfahren für alle Wirtschaftsverfahren bereitstellen. Wir sind aber auch mit den anderen Hamburger Schiedsgerichten, die fast alle nur einen Steinwurf entfernt angesiedelt sind, freundschaftlich verbunden.

Das HIAC wird deshalb erster Ansprechpartner zu allen Fragen zur Schiedsgerichtsbarkeit in Hamburg.

Seit wann gibt es das HIAC?

Das HIAC wurde am 17. November 2020 gegründet und mit einem virtuellen Kick-Off-Meeting eröffnet. Die im HIAC ansässigen Schiedsgerichte bestehen teilweise aber schon seit dem 19.

Jahrhundert und sind der eindrückliche Beweis für die lange und erfolgreiche Schiedsgerichtstradition in Hamburg.

Wer steckt hinter dem HIAC?

Das HIAC wurde von der Handelskammer Hamburg mit der Unterstützung des Rechtsstandort Hamburg e.V. und den Hamburger Schiedsgerichtsinstitutionen und Vereinen gegründet.

Welche Leistungen werden angeboten?

Das HIAC ist eine zentrale Anlaufstelle für Informationen zur Schiedsgerichtsbarkeit in Hamburg. Es ist eine zugleich eine Location für Veranstaltungen und den Dialog zur Schiedsgerichtsbarkeit.

Daneben können im HIAC Verhandlungsräume für Schiedsgerichtsverfahren angemietet werden. Es sind auch virtuelle Verhandlungen mit nur ausgewählten Teilnehmern tatsächlich vor Ort technisch umsetzbar, was in diesen Zeiten von zunehmender Bedeutung ist.

An wen richtet sich das Angebot?

Das Angebot richtet sich an alle Interessenten, insbesondere an Unternehmer, Schiedsparteien, Parteivertreter und Schiedsrichter.

Wo kann man mehr erfahren?

Unter <https://www.dispute-resolution-hamburg.com/institutions/hamburg-international-arbitration-center-hiac> gibt es jede Menge weitere Informationen rund um das HIAC und auf der Startseite <https://www.dispute-resolution-hamburg.com> finden Sie viel Wissenswertes zu den verschiedenen Konfliktlösungsinstrumenten, zu Hamburger Schiedsgerichten, Schiedsrichter*innen, Sitzungsräumen und zur Schiedsgerichtsbarkeit und Konfliktlösung in Hamburg allgemein.



Anna Falk



Insights Clyde & Co

Partnerzugänge in der Pariser Arbitration Praxis

Clyde & Co konnte die Pariser Arbitration & Litigation Praxis im Oktober mit zwei Partnerzugängen weiter verstärken, sodass das Arbitration & Litigation Team des Pariser Standorts nun aus schlagkräftigen 15 Mitgliedern besteht. Hery Ranjeva und Ivan Urzumov arbeiten bereits seit über 10 Jahren als Team zusammen und werden von Antoine Lerosier (Associate), Barbara Blanchard (Associate) und Maria Mironova (Juristin) begleitet.

Das Duo verfügt nicht nur über langjährige Erfahrung in Verfahren nach verschiedenen Institutionsregeln (ICC, ICSID, LCIA, ICSID, UNCITRAL), sondern repräsentiert Mandanten regelmäßig auch vor internationalen Gerichten. Während Hery Ranjeva im internationalen öffentlichen Recht glänzt und insbesondere über Erfahrung im französischsprachigen Afrika verfügt, liegt der Fokus von Ivan Urzumov besonders auf Investment Arbitration und Litigation. Hierbei profitiert er insbesondere von seiner Erfahrungen aus seiner langjährigen Tätigkeit in Russland.

Dies ermöglicht eine breite Beratung von Mandanten im Investment- und öffentlichen Sektor sowie eine regionale Ausweitung nach Ost-Europa und Afrika. Außerdem macht dies die Pariser Arbitration & Litigation Praxis zu einer der erfahrensten und vielfältigsten auf dem Markt. Mehr dazu ist [hier](#) zu lesen.

Clyde & Co feiert neuen Erfolg vor dem Obersten britischen Gerichtshof

Erfolgreich vertrat Clyde & Co Chubb Bermuda in einem Rechtsstreit mit der Halliburton Company vor dem Obersten britischen Gerichtshof im Zusammenhang mit einer angeblichen offensichtlichen Voreingenommenheit eines Schiedsrichters bei mehreren Ernennungen in zusammenhängenden Fällen. Dem Fall lag ein Schiedsverfahren zwischen Chubb Bermuda und

Halliburton aus dem Jahr 2015 zugrunde, welches einen Anspruch aus einer Haftpflichtversicherungspolice im Zusammenhang mit einer Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko im Jahr 2010 zum Gegenstand hatte.

So entschied der Oberste britische Gerichtshof, dass nur aufgrund von mehreren zusammenhängenden Ernennungen keine Unparteilichkeit eines Schiedsrichters angenommen werden kann. Dabei betont das Gericht die Notwendigkeit einer Einzelfallbetrachtung bezüglich der Entscheidung, ob ein Schiedsrichter unparteilich gemäß Ziffer 24 Arbitration Act 1996 ist. Der Gerichtshof betont aber auch, dass ein Schiedsrichter Tatsachen und Umstände offenzulegen hat, die vernünftigerweise den Anschein der Befangenheit erwecken können, sofern die Parteien nichts anderes, ausdrücklich oder stillschweigend, vereinbart haben. Mehr dazu ist [hier](#) zu lesen.

Ben Knowles wird Mitglied des ICC UK Arbitration & ADR Committee

Wir freuen uns mitzuteilen, dass der Londoner Clyde & Co Partner Ben Knowles als Mitglied in das ICC UK Arbitration & ADR Committee gewählt wurde. Ben ist Co-Vorsitzender unserer Globalen Arbitration Gruppe und Vorsitzender der Dispute Resolution Gruppe. Er konzentriert sich in erster Linie auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit mit besonderer Erfahrung in den Sektoren Öl und Gas, Handel und Rohstoffe, Luftfahrt und Telekommunikation.

Das ICC UK Arbitration & ADR Committee bietet der britischen Wirtschaft ein Forum für die Gestaltung der Schiedsgerichts- und ADR (Alternative Dispute Resolution)-Regeln der International Chamber of Commerce. Er fördert auch Schiedsgerichtsbarkeit und ADR als Methoden der Streitbeilegung und überwacht die Ernennung britischer Schiedsrichter für den Internationalen Schiedsgerichtshof.

Devika Khanna hält einen Vortrag beim 4th Balkan & Eastmed Energy Law Forum

Devika Khanna, Partnerin im Londoner Büro, durfte beim 4. Balkan & Eastmed Energy Law Forum einen Vortrag zum Thema Anpassungsfähigkeit in Zeiten von Störungen halten. Insbesondere ging sie darauf ein, wie Energieunternehmen ihre Vertragsbedingungen an Wetter und Sturm anpassen und wie die Schiedsgerichtsbarkeit darum wetteifert, der Streitbeilegungsmechanismus der ersten Wahl für die Unternehmen zu bleiben. Devika feierte Anfang des Jahres einen großen Erfolg als Vertreterin der Public Gas Corporation of Greece S.A. (DEPA) in einem ICC-Schiedsverfahren gegen das staatliche türkische Energieunternehmen Boru Hatlari Iile Petrol Taşima A (BOTAŞ).

Unterstützer des Willem C. Vis International Commercial Arbitration Moot

Bereits in der letzten Ausgabe berichteten wir, dass wir dieses Jahr wieder vier Universitäten bei der Teilnahme am Willem C. Vis International Commercial Arbitration Moot, dem weltweit größten und renommiertesten Wettbewerb für Studierende auf dem Gebiet der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit, unterstützen. Umso mehr freut es uns nun mitteilen zu können, dass wir zusätzlich zwei weiteren Teams, der Universität Bonn und der Universität Bielefeld, Unterstützung zukommen lassen werden. Damit fördern wir dieses Jahr erstmals sechs Teams.

Zum ersten Mal wird dieses Jahr auch das Programm, das die Teilnehmenden erwartet, mit den anderen europäischen Büros von Clyde & Co verknüpft. Da der Moot Court dieses Jahr bedingt durch die Corona-Pandemie insgesamt virtuell stattfinden wird, werden auch wir diesem Umstand mit einem Online-Konzept Rechnung tragen. Dennoch hoffen wir, dass es auch zum persönlichen Austausch und einer Probeverhandlung vor Ort, in unserem Düsseldorfer Büro, kommen kann. Bis dahin wünschen wir den Teams viel Spaß und Erfolg in der Schriftsatzphase.

440

Partners

1,800

Lawyers

4,000

Total staff

50+

Offices*

www.clydeco.com

*includes associated offices

This update provides general information and is not intended to be comprehensive or to provide any specific legal advice. Professional advice appropriate to the specific situation should always be sought. Clyde & Co (Deutschland) LLP accepts no responsibility for loss occasioned to any person acting or refraining from acting on material contained in this summary. Any reliance on this information is solely at your own risk. No part of this summary may be used, reproduced, stored in a retrieval system or transmitted in any form or by any means, electronic, mechanical, photocopying, reading or otherwise without the prior permission of Clyde & Co (Deutschland) LLP.

Clyde & Co (Deutschland) LLP trades as Clyde & Co and is a limited liability partnership registered in England and Wales under number OC413029 and with its registered office at The St Botolph Building, 138 Houndsditch, London, EC3A 7AR, United Kingdom. Clyde & Co (Deutschland) LLP is registered in the partnership register of the Amtsgericht Essen under number PR. 3857.

© Clyde & Co (Deutschland) LLP 2020.
All rights reserved.